

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Collnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Ruffsnappel und Tirschheim.



Er erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und andere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.

Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Grundzeile wird mit 75 Pf., für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigealtene Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Collnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.
Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pefter in Lichtenstein-Collnberg. Inhaber Wilhelm Pefter in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 252

Donnerstag, den 28. Oktober 1920

70. Jahrgang

Freitag, den 29. Oktober 1920.

Ausgabe der neuen Zuckerkarten Reihe 19.

Gegen Vorlegung der Brotbezugskarte. Nr. 1-500 vorm. 8-9 Uhr, Nr. 501-1000 vorm. 9-10 Uhr, Nr. 1001-1500 vorm. 10-11 Uhr, 1501-2000 vorm. 11-12 Uhr, Nr. 2001-2250 mittags 12-12^{1/2} Uhr im Lebensmittelamt. 2251-Ende nachm. 1^{1/2}-1⁵ Uhr im Lebensmittelamt. Kinder im 1. und 2. Lebensjahr erhalten außerdem noch eine R-Karte.

Städt. Lebensmittelamt.

Das Areal der Ställe im früheren Collnberger Quellgebiet in der Nähe der Nicolaer Straße soll in den nächsten Tagen freigegeben werden. Reflektanten wollen sich am Montag, den 1. November früh 9 Uhr im Quellgebiet einfinden, wo die unentgeltliche Verteilung erfolgt.

Lichtenstein-Collnberg, den 28. Oktober 1920.
Der Stadtrat.

Im Grundstück Kirchplatz Nr. 10 ist unter dem Ziegenbäume die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden. Der Sperrebezirk erstreckt sich auf dieses Grundstück, das Beobachtungsgebiet auf die Grundstücke am Kirchplatz. Die hierüber bestehenden Vorschriften liegen in der Ratshauskammer zur Einsicht aus und sind auf das Gewissenhafteste zu befolgen.

Stadtrat Lichtenstein-Collnberg
am 26. Oktober 1920.

Verboten

Ist das Halten oder Stehenlassen von Kraftwagen auf dem zwischen der Apotheke und dem Rödlitzbach gelegenen Teile der Hauptstraße. Halteplätze sind der untere Teil des Marktes zwischen der Transformatorstation und dem Pfläcker und der Ploß an der Hartensteiners Straße vor dem Bankhaus Boyer & Heinze.

Zum Verbot gehören auch die mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen belegt.

Stadtrat Lichtenstein-Collnberg, den 27. Okt. 1920.

Bereitstellung von Backwaren.

Auf Grund von § 8 der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 14. Oktober 1920 (R. G. Bl. S. 1777) wird folgendes bestimmt:

Bei der Bereitstellung von Brot und Kleingebäck außer Krankengebäck müssen 85 Gewichtsteile Weizen, Roggen- oder Gerstentmehl und 15 Gewichtsteile Streckungsmittel verwendet werden.

Den Kommunalverbänden bleibt nachgelassen das Kleingebäck von der Streckung freizulassen; es darf aber sodann im Kleingebäck nicht mehr Brotgetreidemehl enthalten sein als in der entsprechenden Menge Brot.

Als Streckungsmittel dürfen nur Natismehl, präpariertes, spezialfeines Hafermehl und Weizennachmehl verwendet werden.

Die genannten Streckmittel werden den Bäckern von den Kommunalverbänden zugewiesen. Es ist den Bäckern streng verboten, andere als die zugewiesenen Streckmittel zu verwenden.

Auf die §§ 3 und 5 der Reichsverordnung vom 14. Oktober 1920 sowie auf die Strafvorschriften in § 6 derselben Verordnung wird hiermit besonders hingewiesen.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. November 1920 in Kraft.

Dresden, den 26. Oktober 1920.

Wirtschaftsministerium.
Landeslebensmittelamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Wie die T. U. erfährt, ist die Reichsarbeitsgemeinschaft der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke beim Reichskommissar für die Rohlenverteilung vorstellig geworden, um zu erreichen, daß in Zukunft die Rohlenlieferungen an die Kraftwerke auf dem Fall raschmöglich erfolge, und nicht immer erst dann, wenn

Die englischen Blätter stellen fest, daß es die Absicht Lloyd Georges ist, nicht nach Genf zu gehen, wo für ihn keine Betätigung vorliegt. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß Lloyd George an der Tagung der Völkerbundversammlung teilnehmen werde. Wie der „Berliner Morgenpost“ aus Budapest berichtet wird, sind bei Ludan in Siebenbürgen zwei Jüde zusammengehauen. Bisher konnten fünfzig Tote und zweihundert Verwundete geborgen werden. Die Ursache der Katastrophe ist darauf zurückzuführen, daß anstatt regulärer ungarischer Eisenbahner, ungeschulte Arbeiter den Weichenwärterdienst versehen.

Die Vetersburger „Pravda“ begrüßt in einem spaltenlangen „Der Sieg von Moskau“ überschriebenem Artikel das Ergebnis des hiesigen Vortrages, prophesiert Deutschland einen „toten revolutionären Winter“ und den Sieg der deutschen proletarischen Revolution.

Der „Matin“ berichtet aus London: Im Gefängnis von Cork befinden sich noch neun Sinsfeiner, die seit 76 Tagen hungern. Neger dem Biskermeister von Cork ist selten der hungerstreichende Wutphänomen gestorben.

Auf dem Vomer Bahnhof in Paris wurden vier Koffer beschlagnahmt, in denen man 222 Millionen Branael, Kerenki- und Romanow-Rubel fand. Die Adressaten der Geldstücke sind verhaftet worden.

Aus Moskau wird gemeldet: Der Sowjet hat den Friedensvertrag mit Polen in dem vorgelassen Wortlaut angenommen. Die Sitzung des Sowjets dauerte von Montag bis Dienstag früh.

Der Emir von Sahara ist mit etwa 500 Anhängern vor den Bolschewiken nach Algier geflüchtet. In seinem Besitz brach nämlich das Einbringen der Bolschewiken, die sich der dort lagernden Munition bemächtigt, eine Explosion aus, durch die eine große Anzahl Bolschewiken getötet wurde.

153. Sitzung der sächsl. Volkstammer.

(S. 3.) Dresden, 27. Oktober.

In der Mittwoch-Sitzung wurde der Volkstammer die sozialdemokratische Anfrage beraten, ob die Regierung besondere Festbestimmungen für die Gemeindefürsorge treffen wolle. Von Regierungsseite wurde erwidert, daß die Regierung in die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht eingreifen wolle, daß man aber bei der Beratung der Gemeindefürsorge hierüber Erörterungen ausstellen werde. Die Vermehrung der Landgendarmarie wurde von der Kammer genehmigt, ebenso die Erhöhung der Gebühren für Tierärzte und die Neuordnung über die Erhebung der Schreibgebühren bei den staatlichen Behörden. Sodann standen noch die deutschnationalen und demokratischen Anträge über die Entschädigung der durch die Holzhanden geschädigten Bewohner von Falkenstein usw. auf der Tagesordnung, wobei die vereinigten Sozialdemokraten, wie schon bei der Beratung, jede Entschädigung ablehnten. Die Geschädigten haben übrigens die Reichsregierung verklagt und die Entscheidung des Gerichts muß abgewartet werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 28. Oktober, vormittags 10 Uhr.

Deutsches Reich

Wie wenig Sachen von der Reichseinkommensteuer erhält. (S. 3.) Dresden. Das sächsische Finanzministerium gibt eine Verordnung über die Gewährung von Vorstufen an die Gemeinden auf ihren Anteil an der Reichseinkommensteuer und über die vorläufige Verteilung der Reichseinkommensteuer zwischen dem Staat und den Gemeinden bekannt. In der Verordnung heißt es u. a.: „Die dem Staate zur Verteilung zwischen Staat und Gemeinden überwiesenen Einnahmen an Reichseinkommensteuer sind bisher so gering, daß den Gemeinden zunächst nur ganz unzureichende Beträge auf ihre Anteile an der Reichseinkommensteuer überwiesen werden konnten. Mit Rücksicht hierauf und auf die schwere finanzielle Notlage zahlreicher Gemeinden hat das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern beschlossen, bedürftigen Gemeinden aus Staatsmitteln Darlehen als Vorstufen auf ihre Anteile an der Reichseinkommensteuer zu gewähren.“

Eine Volkstammeranfrage.

Der sozialdemokratische Volkstammerabgeordnete Jellisch hat im Laufe des Mittwochnachmittags in der Volkstammer eine Anfrage an die Regierung angekündigt, wie sie sich zu den in den Enthüllungen der Chemnitzer „Volkstimme“ angeführten konterrevolutionären Bestrebungen stelle. Der deutschnationale Abgeordnete Beutler hat dabei versucht, eine sofortige Verhandlung dieses Antrages noch in der Mittwoch-Sitzung der Volkstammer zu erzielen, um gleich über die von der „Volkstimme“ behaupteten Dinge Klarheit und Wahrheit herbeizuführen. Das ist ihm nicht gelungen. Auch

ist die Anfrage des Abgeordneten Jellisch nicht auf die Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung der Volkstammer gesetzt worden. Infolgedessen ist eine Behandlung dieser Angelegenheit in der Volkstammer nicht mehr möglich. Die sächsische Regierung hat veranlaßt, daß die Chemnitzer Angelegenheit untersucht wird von einem Ministerialbeamten und einem Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Wie die „Dresdn. Volkstimme“ schreibt, hat der Minister des Innern die sofortige Entlassung der beiden Offiziere der Sicherheitspolizei, Hauptmann Conrad und Leutnant Scholle, verfügt. Das Ergebnis der Untersuchung wird durch die Presse bekannt gegeben werden.

Ein Verzicht Englands.

Berlin. Die großbritannische Regierung hat durch ihren Botschafter in Berlin dem Auswärtigen Amt am 16. Oktober eine Note zugehen lassen, nach welcher sie für den Fall einer vorläufigen Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen unter Teil 8 des Friedensvertrages nicht beabsichtigt, von dem ihr nach Paragraph 18 der Anlage 2 zu diesem Teil des Vertrages zustehenden Recht zur Beschlagnahme des Eigentums deutscher Staatsangehöriger in Großbritannien Gebrauch zu machen. Weiter wird mitgeteilt, daß dieser Verzicht sich auf in Großbritannien oder in britischer Gewalt befindliches deutsches Eigentum bezieht, ob dieses nun in Besitzguthaben oder in auf britischen Schiffen befindlichen Waren oder in nach Großbritannien zum Verkauf geschickten Waren bestehe.

Weitere Forderungen der Entente.

Nach einem Pariser Bericht der „Newport Tribune“ werden die Verbündeten auf der nächsten Konferenz des Obersten Rates wahrscheinlich von Deutschland Sicherheiten aus Zoll-, Steuer- und Eisenbahnrenten verlangen und gegebenenfalls die Beizung weiteren deutschen Gebietes ins Auge fassen. Unter diesen Umständen werde Frankreich bereit sein, der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zuzustimmen.

Zur Frage der Sozialisierung.

Der gemeinsame Ausschuss des Reichswirtschafts- und Reichslohnenrates beschloß die Einsetzung eines Unterausschusses von 7 Mitgliedern zur Herbeiführung einer Verständigung in der Frage der Sozialisierung der Bergwerke. Von Seiten der Arbeitgeber wurden die Herren Stinnes, Sieverberg und Generaldirektor Bögl, von Seiten der Arbeitnehmer die Herren Wagner, Werner und Imbusch und der Vertreter der Abteilung 3, Dr. Berthold, bestimmt.

Die Sonderstellung Ostpreußens.

Auf Anregung des Reichspräsidenten fand gestern im Reichskanzlerhaus unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung über die wirtschaftlichen Fragen Ostpreußens statt. Der Reichskanzler erklärte im Namen der Reichsregierung und im Einverständnis mit der preussischen Staatsregierung, daß die durch die geographische Trennung vom Reich geschaffene besondere Lage Ostpreußens vielfach eine besondere Behandlung und Unterstützung in wirtschaftlichen Fragen erfordere. Im Anschluß an diese grundsätzliche Frage wurde seitens der ostpreussischen Vertreter eine Reihe von Einzelwünschen zur Sprache gebracht. Soweit die Regierungsvorsteher in dieser informativen Besprechung bereits Stellung nehmen konnten, wurde die Erfüllung dieser Wünsche zugelangt, so insbesondere in der Frage einer größeren Selbständigkeit des ostpreussischen Kommissars für Ein- und Ausfuhr.

Neue Milliardenausgaben.

Das Reichsfinanzministerium hat einen Gehentwurf ausgearbeitet und dem Reichstag übermittelt, in dem zur Befriedigung einmaliger außerordentlicher Ausgaben und Fortsetzung bereits genehmigter Maßnahmen 12 Milliarden gefordert werden, die im Wege des Kredits flüssig gemacht werden sollen. Außerdem werden noch 6 Milliarden Mark zur Ausführung des Friedensvertrages und 4,7 Milliarden Mark für das Defizit der Reichseisenbahnen, die gleichfalls auf dem Kreditwege beschafft werden sollen, gefordert.

Aufenthaltsbeschränkung für Deutsche im Rheinland.

Nach einer Verfügung des Kommandanten der Rheinarmee darf sich im französisch besetzten Gebiet wegen der Wohnungsnot mit den Lebensmittelbeschaffungen keine deutsche Person in einer Garnisonstadt, wo sie nicht ihren stän-

in 3widen
50 Rg. in 3Rt.
Stall-
Gew.
a. 6 J. 800-850
ausgem.
te ältere
750
wertes
te ältere
Schlacht.
Schlacht.
750-850
entwidelte
650-725
Raiben
b gering
von 3
750-850
erldiefe 600-700
n Aeu-
del Jahr 1700
1400-1607
1270-1350
angam,
Bankhaus
Heinze,
Lichtenstein-Collnberg.
26, 10.
79,50
90,75
64,60
57,40
67,90
56,825
77,25
86,125
89,
96,
96,70
109,75
99,75
388,
318,
445,
109,75
435,
232,
326,
210,
560,
187,
980,
Brief
83,60
127,10
241,62
261,80
29,44
19,45
15,75
14,30
2,76
erte!
lauchau!
ttag 2 Uhr
mlung
Robert Bauer
berg), wozu die
eladen werden.
Leithold.
reich.
chen
und
ife,
r.
oller
ester,
u.“
n
Mk. 250 an
Goth / Glau-
Brüderstr. 4.